

## FACT SHEET 04/10

### DIE GRIECHENLAND-KRISE

Seit Anfang des Jahres 2010 ist die Krise des griechischen Staatshaushaltes der europäischen Öffentlichkeit bekannt. Am 2. Mai haben die Regierungschefs der EU einem Hilfspaket zugestimmt.

### DIE „MAASTRICHT-KRITERIEN“

Im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft wurden so genannte **Konvergenzkriterien** („Maastricht-Kriterien“) festgelegt, welche als Kriterium zu einem Beitritt in die Währungsunion herangezogen wurden. Diese besagten unter anderem, dass ein Staat, der die gemeinsame Währung übernehmen will, folgende Grenzwerte nicht überschreiten darf:

- Die **Staatsverschuldung** darf nicht mehr als 60 % des BIP betragen.
- Die **Neuverschuldung** (das „Budgetdefizit“) darf nicht höher als 3 % des BIP sein.

Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) entspricht dem Gesamtwert aller Güter, die innerhalb eines Jahres in einer Volkswirtschaft hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen.

Die Kriterien sollten gewährleisten, dass Staaten eine stabile Wirtschaft haben, um so auch eine stabile Währung aufrecht erhalten zu können. Die Zahlen wurden allerdings bereits in den ersten Jahren von vielen Ländern, unter anderem Deutschland, nicht eingehalten, und von vielen Wirtschaftsexperten als zu rigide kritisiert: in Krisenzeiten müsse es Staaten erlaubt werden, Schulden zu machen.

### WARUM MACHEN STAATEN SCHULDEN?

Ein Staat muss seine geplanten Ausgaben finanzieren. Durch verschiedene Ursachen kann es dazu kommen, dass der Staat dafür nicht genug Geld zur Verfügung hat, und es sich daher ausleiht.

- **Einnahmeseite:** wenn das Wirtschaftswachstum niedriger als erwartet ausfällt entfallen Einnahmen aus Einkommens- und Gewinnsteuern.
- **Ausgabenseite:** Löhne und Gehälter der Staatsbediensteten sind fixe Kosten und müssen auch in Krisenzeiten ausgezahlt werden, Sozialleistungen müssen bezahlt werden, bei höherer Arbeitslosigkeit steigen die Ausgaben für das Arbeitslosengeld.

Ein Staat hat am Kapitalmarkt mehrere Möglichkeiten, sich Geld auszuborgen, unter anderem:

- **im Inland:** von heimischen Banken oder heimischen Anlegern (z.B. Bürger, die ihr Geld sicher anlegen wollen);
- **in anderen Ländern:** von ausländischen Banken (im Fall Griechenlands z.B. viele französische und luxemburgische Banken) oder von ausländischen Anlegern (z.B. andere Staaten oder Bürger aus anderen Ländern).

Dies führt zu einer starken **Vernetzung des internationalen Kapitalmarkts**. Wenn ein Staat also Schulden hat, dann nicht nur im Inland sondern sehr häufig auch im Ausland. Würde ein Staat bankrott gehen, würden auch die ausländischen Kreditgeber um ihren Anteil umfallen, und im schlimmsten Fall könnte eine weitere Weltwirtschaftskrise ausgelöst werden, die am Ende auch Kleinanleger um ihre Ersparnisse bringen würde.

### WARUM HELFEN ANDERE STAATEN?

Der „Preis für Geld“ ist der Zinssatz, zu dem z.B. ein Kredit aufgenommen wird. Durch die Krise, und verschärft durch Spekulationen, hat sich der Zinssatz, den die griechische Regierung für neue Kredite zahlen müsste, enorm erhöht. Um dem Land die zusätzliche Bürde exorbitanter Zinszahlungen zu ersparen, stellen die EU-Länder Kredite zu niedrigeren Zinsen zur Verfügung.

Dies ist das viel-diskutierte „**Hilfspaket**“ der EU-Länder: In der Hoffnung, dass Griechenlands Wirtschaft sich erholt und der Staatshaushalt in Zukunft straffer geführt wird, haben sich die EU-Finanzminister dazu durchgerungen, ihrerseits Kredite, allerdings zu viel niedrigeren Zinsen aufzunehmen, welche sie mit einem geringen Aufschlag an Griechenland weiterverborgen.

Somit fungieren sie als Bürge für die griechische Regierung – sie nehmen allerdings niemandem „Geld weg“. Sobald Griechenland seinen Staatsapparat reformiert hat, und seine Schulden wieder selbst zurückzahlen kann, werden die Länder, die jetzt das Hilfspaket zur Verfügung gestellt haben, sogar einen Zinsgewinn erhalten.

### WAS HAT ÖSTERREICH DAMIT ZU TUN?

Die österreichische Wirtschaft ist eine kleine offene Volkswirtschaft. Das bedeutet, dass Österreich sich nicht selbst versorgen kann, sondern Handel mit anderen Ländern betreibt, um die benötigten Waren und Dienstleistungen, aber auch das nötige Kapital (Kredite, Anleihen, ...) zu beschaffen.

Laut Wirtschaftskammer ist für Österreich der **Außenhandel** „ein überaus wichtiger Faktor“ und „Motor der Konjunktur“. Die Exportquote von Waren und Dienstleistungen lag 2008 bei fast 60 %. Seit dem EU-Beitritt ist sie um knappe 25 Prozentpunkte gestiegen. Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei den Importen ab: Österreich importiert bereits mehr als 50 % seiner Waren, davon jeweils mehr als 70 % in bzw. aus anderen EU-Staaten.

Wenn also andere Staaten in Schwierigkeiten sind, betrifft das auch die österreichische Wirtschaft – Waren können nicht mehr so gut abgesetzt werden, andere Waren können nicht mehr so leicht beschafft werden, was die österreichische Produktion hemmen kann.

Bei Exporten in Nicht-Euro-Länder spielt auch der Wechselkurs eine große Rolle. Im Fall der Griechenland-Krise ist das aber nicht unbedingt ein Nachteil für Österreich, denn: der Euro hat gegenüber dem Dollar (und anderen Währungen) an Wert verloren. Das macht europäische Waren im Vergleich zu amerikanischen (und Nicht-Euro-Ländern) billiger, und unterstützt somit Exporte in diese Länder.

Wirtschaftsagentur Wien. Ein Fonds der Stadt Wien  
Europe Direct Wien  
Rathausplatz 2, 1010 Wien  
Tel.: 01 4000-86181

[europedirect@wirtschaftsagentur.at](mailto:europedirect@wirtschaftsagentur.at)  
[www.facebook.com/Europedirectwien](http://www.facebook.com/Europedirectwien)  
[www.europainfo.at](http://www.europainfo.at)